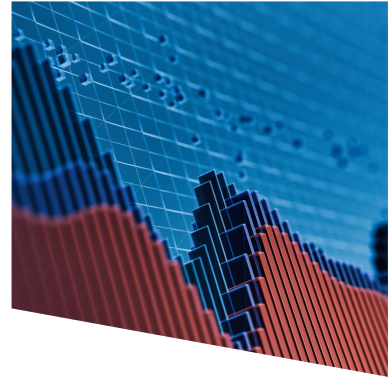




Konjunktur & Wachstum

Beispiel Deutschland zeigt: Mehr Regulierung ist die falsche Therapie

04.12.2024

Auf einen Blick

- Die neuste Umfrage von economiesuisse zeigt, dass sich die Absatzschwierigkeiten im Ausland weiter verschärfen, während es bei der Beschaffung von Produktionsfaktoren eine Entspannung gibt.
- Ein wesentlicher Grund für die Absatzprobleme ist die anhaltende Wachstumsschwäche Deutschlands, die massgeblich auf eine schlechte Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist.
- Auch in der Schweiz steigt die Regulierungsdichte. Der bürokratische Aufwand für die Unternehmen wächst. Wir sollten unsere Lehren aus der ausländischen Politik ziehen und nicht die gleichen Fehler machen.

economiesuisse führt zwei Mal im Jahr eine Umfrage durch, um bei den Unternehmen und Branchenverbänden den Puls zu fühlen. Die neuste Befragung zeigt: Der Gesundheitszustand der Schweizer Wirtschaft ist weiterhin gut. Zunehmend Bauchschmerzen bereitet den Unternehmen aber die schwache Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Absatzmärkten. Die konjunkturelle Entwicklung in Europa bewegt sich nahe am Ruhepuls. Das grösste Sorgenkind ist Deutschland, wo die Wirtschaftsleistung im zweiten Jahr in Folge rückläufig sein dürfte. Diese Rezession wird zu einer zunehmenden Belastung für die exportorientierten Unternehmen insbesondere in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Und sie zieht einen Rattenschwanz nach sich, weil die Absatzschwierigkeiten die Nachfrage nach Vorprodukten dämpfen.

Eine Entspannung gibt es dafür bei der Beschaffung von Produktionsfaktoren. Es kommt aktuell zu keinen grösseren Verwerfungen in den Lieferketten und die Energiepreise sind zurückgegangen. Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich etwas entschärft. Der Anteil der Unternehmen, die erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Arbeitskräften melden, fällt geringer aus als in vergangenen Umfragen.

```
!function(){!function(){"use
strict";window.addEventListener("message",(function(a){if(void
0!==a.data["datawrapper-height"]){var
e=document.querySelectorAll("iframe");for(var t in
a.data["datawrapper-height"])for(var r=0;r
```

Absatzschwierigkeiten im Ausland nehmen weiter zu

Bereits im Mai dieses Jahres hat rund die Hälfte der exportorientierten Unternehmen Schwierigkeiten mit dem Absatz im Ausland bekundet. In der jüngsten Umfrage steigt dieser Anteil auf fast zwei Drittel. Das Problem hat sich somit weiter zugespitzt. Ein wesentlicher Grund, der von vielen Teilnehmenden explizit genannt wird, ist die anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland. Das Land leidet unter einer schleichenden Deindustrialisierung, die Entwicklung der deutschen Automobilindustrie dient hier als unrühmliches Beispiel. Eine massgebliche Mitverantwortung an diesem Zerfall muss der Politik zugeschrieben werden. Eine verfehlte Energiepolitik und eine ständig steigende Flut an Vorschriften und bürokratischen Pflichten erdrücken die Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie. Die Ampelregierung hat diese Entwicklung nicht gebremst, sondern tendenziell noch verschärft. Es gilt abzuwarten, ob mit den Neuwahlen die dringend nötige Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik eingeleitet werden kann.

Abseits von Europa schauen die Unternehmen auch mit Spannung nach Amerika. Hier hat sich mit der Wahl von Trump die Frage nach der politischen Führung für die nächsten Jahre bereits geklärt. Eine Erhöhung der Zölle, wie sie der künftige Präsident bereits angedroht hat, würde die Schweizer Exportwirtschaft zusätzlich belasten. Bei all den politischen Unsicherheiten ist nicht davon auszugehen, dass die Absatzschwierigkeiten in den nächsten Monaten markant zurückgehen werden.

Regulierung und Bürokratie werden auch in der Schweiz zunehmend zum Problem

Es liegt in der Natur der Schweiz als kleine offenen Volkswirtschaft, dass die Wirtschaft von den Entwicklungen im Ausland abhängig ist. Wir haben zwar keinen Einfluss auf die ausländische Politik, aber die politischen Entscheidungen haben Auswirkungen auf unsere Wirtschaftsleistung. Im Fall von Deutschland sind diese Auswirkungen klar negativ. Die Schweiz kann aus diesen Fehlern lernen, damit wir nicht dieselben Therapien verordnen, die unsere Handelspartner kränker gemacht haben. Und hier ist die Politik gefordert: Unsere Umfrage zeigt deutlich, dass die Regulierungsdichte und der bürokratische Aufwand auch hierzulande zunehmen. Das internationale Umfeld ist für die Unternehmen herausfordernd genug. Es gibt keinen sinnvollen Grund, dass wir unsere Unternehmen mit weiteren Vorschriften und bürokratischen Pflichten zusätzlich belasten.

Die Umfrage wurde von economiesuisse vom 6. - 27. November durchgeführt. Teilgenommen haben 431 Organisationen. Die Umfrage deckt alle Landesteile der Schweiz ab. 26 Branchenverbände haben die Umfrage konsolidiert für ihre Branche ausgefüllt. Die Auswertung zeigt ein aktuelles Stimmungsbild der Schweizer Wirtschaft. Die Antworten wurden jeweils nicht gewichtet und die Ergebnisse erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung